

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Protschka, Peter Felser, Frank Rinck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/903 –**

Begleitende Ernährungsbildung in Deutschland durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Vorbemerkung der Fragesteller

Bereits im Kindes- und Jugendalter können Übergewicht und Fettleibigkeit das Risiko erhöhen, im späteren Erwachsenenleben negative gesundheitliche Beeinträchtigungen wie eine Herz-Kreislauf-Erkrankung und oder eine Stoffwechselerkrankung zu entwickeln (<https://publications.aap.org/pediatrics/article/146/2/e20193666/36843/Body-Mass-Index-From-Early-to-Late-Childhood-and>).

Laut einer Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (KiGGS Welle 2) des Robert Koch-Instituts (RKI) aus den Jahren 2014 bis 2017 waren zur damaligen Zeit 15,4 Prozent der Mädchen und Jungen im Alter zwischen 3 und 17 Jahren übergewichtig, wobei 6 Prozent dieser Kinder und Jugendlichen bereits eine Adipositas, also eine Fettleibigkeit entwickelt hatten (https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/Journal-of-Health-Monitoring_01_2018_KiGGS-Welle2_erste_Ergebnisse.pdf?__blob=publicationFile). Während sich unter den Teilnehmern zwischen Jungen und Mädchen keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich des Körpergewichts ergaben, zeigte sich jedoch, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien rund viermal häufiger stark übergewichtig waren als Gleichaltrige mit hohem sozialökonomischem Status (ebd. RKI, KiGGS Welle 2).

Vergleiche mit der ersten Datenerhebung zur Kinder- und Jugendgesundheit in Deutschland (KiGGS Basiserhebung, 2003 bis 2006) zeigten, dass zehn Jahre danach genauso viele Kinder und Jugendliche übergewichtig und fettleibig waren und die Werte sich somit auf einem hohen Niveau stabilisiert hatten (https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Studien/Kiggs/Basisehebung/Ergebnisbroschuere.pdf?__blob=publicationFile). Da der Sozialstatus einer Person unter anderem mit der schulischen und beruflichen Bildung korreliert, bestand die Annahme, dass das deutsche Bildungssystem erhebliche Defizite im Bereich der Ernährungsbildung aufzeigte. Demzufolge gab das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Jahr 2016 eine Studie in Auftrag, die den damaligen Stand der ernährungsbezogenen Bildungsarbeit in Einrichtungen der Kindes- und Jugendbetreuung analysieren und bewerten sollte (<https://www.nqz.de/fileadmin/nqz/publikationsdateien/St>

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom 31. März 2022 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Ernährungsbildung.pdf). Die Ergebnisse der Studie „Ernährungsbezogene Bildungsarbeit in Kitas und Schulen“ zeigten zwar, dass die Themen Essen und Ernährung in den Bildungsplänen für Kita und Schulen verankert waren, das Angebot an Fortbildungen für Erzieher und Lehrende aber häufig nicht ausreichte, um den Mangel in der Ausbildung zu kompensieren (<https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2019/152-studie-ernaehrungsbildung.html;jsessionid=03CC9111DA14A433A01850C6DA273A08.live921>). Zudem wiesen Lehrbücher häufig fachliche Mängel auf (ebd.). Infolgedessen schuf die ehemalige Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner ein eigenes Referat Ernährungsbildung in der ihr nachgeordneten Behörde der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) mit dem Ziel, die Bundesländer bei der Verankerung der Ernährungsbildung in Ausbildung und Schullaufbahn begleitend zu unterstützen (<https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/235-konzept-ernaehrungsbildung.html>).

1. Wie viele Bildungseinrichtungen haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Fortbildungsangebote des Referats Ernährungsbildung seit der Gründung in Anspruch genommen (bitte nach Jahr, Bildungs- und Betreuungseinrichtung, Anzahl der Teilnehmer und Art der Fortbildung aufschlüsseln)?

Das Referat Ernährungsbildung im Bundeszentrum für Ernährung (BZfE) wurde im Mai 2021 eingerichtet. Seitdem stehen Ressourcen für maximal 100 Fortbildungen im Jahr zur Verfügung.

Zu den in der Tabelle aufgeführten klassischen Lehrkräfte-Fortbildungen kommen noch Multiplikatorenveranstaltungen, Vorträge und Workshops auf Fachtagungen, etc., so dass die Anzahl an Veranstaltungen 2021 bei 95 lag. Die Zahl insgesamt erreichter Lehrkräfte und Multiplikatoren lag 2021 bei 1773.

	Themen	2021		2022 (bis Ende 02/2022)	
		FB	TN	FB	TN
Grundschule	Ernährungsführerschein	16	285	3	70
	Schmecken lernen	8	145	1	18
weiterführende Schule	SchmExperten	7	91	1	16
	SchmExperten in der Lernküche	30	555	3	45
	Lebensmittelqualität beurteilen	23	473	3	53
	Obst- und Gemüsevielfalt entdecken			1	19
	Sinnexperimente			1	16
	Nachhaltiger einkaufen			1	26
insgesamt		84	1 349	14	263

FB: Anzahl der Fortbildungen; TN: Anzahl der Teilnehmenden

Die Anzahl der erreichten Bildungseinrichtungen wird nicht gezählt, da es keine schulinternen bzw. einrichtungsinternen Fortbildungen gibt, sondern einzelne Lehrpersonen adressiert werden.

2. Plant die Bundesregierung eine fortwährende Erweiterung der Angebote des Referats Ernährungsbildung, und wenn ja, welche Schwerpunkte sollen zusätzlich realisiert werden, und wann sollen diese integriert werden?

Durch das neue Referat Ernährungsbildung konnte das Fortbildungsangebot 2021 ausgeweitet und im Hinblick auf Themen, Zielgruppen und Formate differenziert werden. 2022 wird die Themenvielfalt bei den ernährungsbezogenen

nen Fortbildungen bei gleichbleibender Gesamtzahl weiter erhöht. Neu hinzukommen werden Fortbildungen für nachhaltigere Ernährung, Obst- und Gemüsevielfalt sowie zur Sinnesbildung im Unterricht. Auf Basis der Evaluationsergebnisse wird entschieden, welche der Fortbildungsangebote im Portfolio bleiben.

3. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung gezielt nach Bekanntwerden der Ergebnisse der Studie „Erährungsbezogene Bildungsarbeit in Kitas und Schulen“ (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) ins Leben gerufen?

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) unterstützt die Länder mit unterschiedlichen Maßnahmen zur Stärkung der Ernährungsbildung. Hierzu zählen Maßnahmen, die Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer dabei unterstützen, die Themen „Essen und Trinken“ in den Erziehungs- und Bildungsprozess zu integrieren (z. B. „GemüseKlasse“). Das Modellprogramm „Gut essen macht stark: Mehr gesundheitliche Chancengleichheit im Quartier“ wird gemeinsam vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und dem BMEL finanziert und durchgeführt. Außerdem bekommen Ernährungsthemen bereits in der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ein stärkeres Gewicht.

Im November 2020 fand auf Einladung des BMEL ein Runder Tisch zur Ernährungsbildung in Schulen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundes- und Landespolitik, dem Gesundheits- und dem Schulbereich statt. In diesem Rahmen wurde ein gemeinsam von BMEL und BZfE erarbeitetes Konzept zur Stärkung der Ernährungsbildung in Schulen vorgestellt, welches seitdem konsequent umgesetzt wird. Zudem arbeiten seit 2019 das Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend (BMFSFJ), das BMEL und das Nationale Qualitätszentrum für Ernährung in Kita und Schule (NQZ) im Zusammenhang des Gute-KiTa-Gesetzes eng zusammen, um bundesweit das Thema Ernährung in der Kindertagesbetreuung und dabei auch den Aspekt der Ernährungsbildung weiter voranzubringen.

4. In welcher Höhe belaufen sich die finanziellen Mittel, die seit der Gründung des Referats Ernährungsbildung innerhalb des Kompetenz- und Kommunikationszentrums für Ernährungsfragen (BZfE) als Untereinheit der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) bereitgestellt wurden (bitte nach Jahr, Zweck und Höhe der Ausgaben aufschlüsseln)?

Für 2021 betragen die Mittel 291.460,89 Euro (IST-Ausgaben), davon wurden rund 141.000 Euro für Informationsmaterialien (Print, digital) und rund 150.000 Euro für Online-Fortbildungsveranstaltungen sowie ergänzende Vernetzungstreffen verwendet. Für 2022 sind laut Haushaltsvoranmeldung 2022 rund 300.000 Euro vorgesehen, jeweils die Hälfte für Informationsmaterialien (Print, digital) und für Online-Fortbildungsveranstaltungen.

5. Wie viele Beschäftigte stehen dem Referat Ernährungsbildung nach Kenntnis der Bundesregierung zur Verfügung?

Dem Referat Ernährungsbildung stehen zehn Beschäftigte mit 7,25 Vollzeitäquivalenten zur Verfügung.

6. Welche weiteren Ziele verfolgt das Referat Ernährungsbildung in der 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages?

Das Referat Ernährungsbildung hat für die 20. Legislaturperiode die folgenden Ziele angegeben:

- Ausbau und Pflege von Kooperationen und Netzwerken im Bildungsbereich zur Unterstützung der Arbeit der Bundesländer,
- Ergänzung vorhandener Informationsmaterialien um digitale Formate,
- möglichst flächendeckende Bereitstellung aller Angebote auf Bundes- und Länderebene z. B. über neue digitale Plattformen wie MUNDO und wirlern.enonline.de.

7. Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Folgestudie zur ernährungsbezogenen Bildungsarbeit in Kitas und Schulen in Auftrag zu geben, um die Wirksamkeit der Angebote des Referats Ernährungsbildung zur Stärkung der Ernährungsbildung im Setting Kita und Schule zu evaluieren?
- a) Wenn ja, welche Institution soll mit der Durchführung der Studie beauftragt werden, und wann soll damit begonnen werden?
- b) Wenn nein, wie soll stattdessen die Effektivität der Qualifizierung von Pädagogen im Bereich der Ernährungsbildung bestimmt werden?

Die Fragen 7 bis 7b werden gemeinsam beantwortet.

Die Fortbildungsangebote des Referats Ernährungsbildung werden kontinuierlich evaluiert. Sie leisten einen Beitrag dazu, die Versorgung mit Fortbildungsangeboten sowie die Kommunikation zu bestehenden Angeboten im Rahmen der Lehreraus- und -fortbildung zu verbessern. Die Angebote können amtliche Fortbildungen jedoch lediglich ergänzen, denn die Zuständigkeit für die Lehrerausbildung liegt bei den Ländern.

8. Wie hat sich die Zahl der übergewichtigen Kinder und Jugendlichen nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten Jahren nach Erhebung der Daten zur KiGGS Welle 2 entwickelt (bitte nach Merkmalen wie Geschlecht, Alter, sozioökonomischer Familienstatus und Migrationshintergrund aufschlüsseln)?

Es wurden nach KiGGS Welle 2 (Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland) keine Daten zur Zahl der übergewichtigen Kinder und Jugendlichen erhoben.

9. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele der Kinder und Jugendlichen in Frage 8 eine Begleiterkrankung in Form einer Herz-Kreislauf- und oder Stoffwechselerkrankung infolge des Übergewichts entwickelt haben, und wenn ja, wie hoch sind die absoluten Zahlen der Komorbiditäten im Verhältnis zur Grunderkrankung, und welche Art der Folgeerkrankung ist hier zu nennen?

Der Bundesregierung liegen hierüber keine Erkenntnisse vor.

10. Welche Aufklärungs- und Informationskampagnen hat die Bundesregierung zum Thema „Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen“ in den letzten Jahren nach Erhebung der Daten zu KiGGS Welle 2 ggf. initiiert und oder mitfinanziert (bitte nach Zielgruppen, Höhe der Förderung und Haushaltstitel aufschlüsseln)?
11. Welche Aufklärungs- und Informationskampagnen plant die Bundesregierung zum Thema Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen in der aktuellen 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages durchzuführen?

Die Fragen 10 und 11 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) klärt über die Ursachen, die mit Übergewicht verbundenen Gesundheitsgefahren, einen präventiven Lebensstil (insbesondere Bewegung, Ernährung und Stressregulation) und Maßnahmen zur Behandlung von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen auf. Hauptzielgruppe der Aufklärungsmaßnahmen sind Eltern, Erziehende sowie Fach- und Entscheidungskräfte, die entsprechende Maßnahmen für Kinder und Jugendliche planen, umsetzen oder bewerten.

Die Website www.uebergewicht-vorbeugen.de der BZgA richtet sich vorrangig an Eltern und Erziehende. Für Fachkräfte bietet das Portal u. a. auch Informationen zur Weiterentwicklung und Qualitätssicherung von Präventionsmaßnahmen. Darüber hinaus hält die BZgA ein umfangreiches Angebot an Medien (Broschüren, Fachpublikationen, Faltblätter, Plakate und Filme) bereit, die von Eltern und Erziehenden sowie weiteren Fachkräften kostenlos bestellt werden können. Zur Bekanntmachung der Produkte und Angebote gibt es regelmäßig Versandaktionen für Fachkräfte.

Für diese Maßnahmen wurden und werden der BZgA vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) aus Titel 1503/531 01 (Zweckbestimmung: Gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung) jährlich Haushaltsmittel für den Bereich „Ernährung, Bewegung und Stressregulation“ zugewiesen. Insgesamt wurden hierfür in den Jahren 2017 bis 2021 Mittel in Höhe von rund 4 Mio. Euro ausgegeben.

Diese Maßnahmen werden kontinuierlich fortgeführt, geprüft und bei Bedarf modifiziert.

Im Rahmen des Nationalen Aktionsplans IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung fördert die Bundesregierung seit 2008 Projekte für einen gesunden Lebensstil. Neben der Stärkung von Ernährungs- und Bewegungskompetenz soll so auch der Ausbau gesunder Ernährungs- und Bewegungsumgebungen erreicht werden.

12. Mit welchen Partnern in der Wirtschaft und Industrie kooperiert die Bundesregierung zum Thema „Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen“ ggf. (bitte auch die Kooperationsvereinbarung, Beginn, Ende, etc. mitbenennen)?

Das Bundeskabinett hat im Dezember 2018 die Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten (NRI) beschlossen. Ziel der NRI ist es, eine gesunde Lebensweise zu fördern und dazu beizutragen, den Anteil der Übergewichtigen und Adipösen in der Bevölkerung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, zu senken und die Häufigkeit von ernährungsmitbedingten Krankheiten zu verringern. Der Strategie liegt eine im September 2018 unterzeichnete Grundsatzvereinbarung zwischen

BMEL und den an drei Runden Tischen beteiligten Verbänden der Lebensmittelwirtschaft zugrunde. Alle zehn teilnehmenden Wirtschaftsverbände geben in dieser Vereinbarung eine klare Zusage, die NRI zu unterstützen.

Insgesamt elf Verbände der Lebensmittelwirtschaft haben bislang im Rahmen der NRI Prozess- und Zielvereinbarungen mit ihren Mitgliedsunternehmen zur Reduktion der Gehalte an Zucker, Fetten, Salz und Energie in ihren Produkten bis 2025 getroffen. Einzelheiten sind einsehbar unter www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/gesunde-ernaehrung/reduktionsstrategie/reduktionsstrategie-zucker-salz-fette.html.

13. Mit welchen Partnern aus der Bildung kooperiert die Bundesregierung zum Thema „Übergewicht bei Jugendlichen und Kindern“ (bitte auch die Kooperationsvereinbarung, Beginn, Ende, etc. mitbenennen)?

Im Bereich Ernährungsbildung steht die Bundesregierung im Austausch mit der Konferenz der Kultusministerinnen und -minister der Länder, da die Länder für Bildungsinhalte zuständig sind. Auf die Antworten zu den Fragen 7 und 11 wird verwiesen.

14. Wie viele Erwachsene gelten nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland aktuell als übergewichtig, und wie haben sich die Zahlen der übergewichtigen Menschen in Deutschland innerhalb der Corona-Pandemie seit dem Jahr 2020 im Vergleich zu den Vorjahren entwickelt (bitte nach Zeit, Altersgruppen der Erwachsenen, Geschlecht, sozioökonomischem Status und Migrationshintergrund aufschlüsseln)?

Aktuelle Daten zum Anteil der Männer und Frauen mit Übergewicht (einschließlich Adipositas) weist die Studie GEDA 2019/2020-EHIS aus (GEDA: Gesundheit in Deutschland Aktuell, EHIS: Europäische Gesundheitsumfrage (European Health Interview Survey)). Demnach sind 53 Prozent der Erwachsenen von Übergewicht einschließlich Adipositas betroffen, darunter 47 Prozent der Frauen und 60 Prozent der Männer. Mit zunehmendem Alter steigt sowohl bei Frauen als auch bei Männern die Prävalenz von Übergewicht und Adipositas an. In der niedrigen Bildungsgruppe sind 57 Prozent, in der mittleren Bildungsgruppe 55 Prozent und in der hohen Bildungsgruppe 49 Prozent von Übergewicht einschließlich Adipositas) betroffen. Auswertungen nach Migrationshintergrund liegen aktuell noch nicht vor.

Erste Auswertungen der Studie GEDA 2019/2020-EHIS zeigen, dass Körpergewicht und Body Mass Index (BMI) zwischen März und September 2020 im Mittel auf Bevölkerungsebene leicht zugenommen haben. Vergleicht man den Zeitraum seit Einführung der Eindämmungsmaßnahmen zwischen April und August 2020 mit dem Vorjahreszeitraum April bis August 2019, so zeigt sich eine Zunahme des Körpergewichts um durchschnittlich 1,1 Kilogramm.

15. Wie viele Erwachsene gelten nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland derzeit als adipös, und wie haben sich die Zahlen der adipösen Menschen in Deutschland innerhalb der Corona-Pandemie seit dem Jahr 2020 im Vergleich zu den Vorjahren entwickelt (bitte nach Zeit, Altersgruppen der Erwachsenen, Geschlecht, sozioökonomischem Status und Migrationshintergrund aufschlüsseln)?

Aktuelle Daten zum Anteil der Männer und Frauen mit Adipositas weist die Studie GEDA 2019/2020-EHIS aus. Demnach sind 19 Prozent der Erwachsenen von einer Adipositas betroffen (19 Prozent der Frauen, 19 Prozent der

Männer). Mit zunehmendem Alter steigt sowohl bei Frauen als auch bei Männern die Adipositasprävalenz an. In der niedrigen Bildungsgruppe sind 26 Prozent, in der mittleren Bildungsgruppe 20 Prozent und in der hohen Bildungsgruppe 13 Prozent von einer Adipositas betroffen. Auswertungen nach Migrationshintergrund liegen aktuell noch nicht vor.

Zur Gewichtsentwicklung in der Corona-Pandemie wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

16. Wie viele Kinder und Jugendliche aber auch Erwachsene mit einer diagnostizierten Adipositas befanden sich nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2019 in einer stationären Einrichtung (bitte nach Alter, Geschlecht, Dauer des Aufenthalts aufschlüsseln)?
17. Wie viele Kinder und Jugendliche aber auch Erwachsene mit einer diagnostizierten Adipositas befanden sich nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2019 in einer Rehabilitationsmaßnahme (bitte nach Alter, Geschlecht, Dauer des Aufenthalts aufschlüsseln)?

Die Fragen 16 und 17 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, wie viele Personen stationär bzw. in einer Rehabilitationseinrichtung aufgrund von Adipositas in Behandlung waren.

18. Welche Maßnahmen gegen Übergewicht und Fettleibigkeit hat die Bundesregierung in der zurückliegenden 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ergriffen?

Zur Prävention und Bekämpfung von Übergewicht und damit zusammenhängenden nichtübertragbaren Krankheiten wird vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) seit 2008 der Nationale Aktionsplan „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ umgesetzt.

Am 9. Juni 2021 hat das Bundeskabinett die Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans IN FORM beschlossen. Diese sieht vor, auf der Grundlage der bisherigen Zielsetzung von IN FORM bewährte Maßnahmen fortzuführen und durch neue Aktivitäten, die die aktuellen gesellschaftlichen und gesundheitspolitischen Bedingungen aufgreifen, zu ergänzen.

- a) Welche dieser Maßnahmen war dabei gezielt an Kinder und Jugendliche mit Übergewicht gerichtet?

Der Kita- und Schulverpflegung kommt eine zentrale Rolle zu, da die Ernährung von besonders vielen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrem sozialen und kulturellen Hintergrund mit dem Angebot einer empfehlungsgerechten Mittagsmahlzeit verbessert werden kann.

Als Grundlage für die Optimierung der Verpflegungsqualität in Kitas und Schulen dienen die im Rahmen von IN FORM vom BMEL geförderten Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) für die Verpflegung in Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Schulverpflegung. Die DGE hat alle Qualitätsstandards (Kita, Schule, Arbeit/Betrieb, Senioreneinrichtungen, Krankenhaus/Reha) grundlegend überarbeitet und im November 2020 veröffentlicht.

Die vom BMEL im Rahmen von IN FORM geförderten Vernetzungsstellen Kita- und Schulverpflegung unterstützen Kitas und Schulen bei der Gestaltung eines gesunden Verpflegungsangebotes auf Grundlage der DGE-Qualitätsstandards.

Im Projekt „Die Küchenpartie mit peb“ wurden gemeinsame Kochaktionen mit Schülerinnen und Schülern und Seniorinnen und Senioren veranstaltet, um die Teilnehmenden für die Themen Ernährung und Gesundheit zu sensibilisieren, die Koch- und Ernährungskompetenz zu stärken sowie die soziale Teilhabe zu fördern.

Im Rahmen von IN FORM werden unter anderem die Projekte „Gut Essen macht stark – Mehr gesundheitliche Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen“ und die „Gemüseklasse“ gefördert. Diese unterstützen Kitas und Schulen in ihren Bestrebungen, ein gesundheitsförderndes Verpflegungsangebot anzubieten und Ernährungsbildung zu etablieren.

Außerdem werden im Projekt „Tafel is(s)t gesund und nachhaltig – Förderung der Ernährungskompetenz in der Tafel-Landschaft“ Tafelkundinnen und -kunden sowie deren Kinder für eine gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährung sensibilisiert. Neben der zielgruppengerechten Information über Ernährung, Bevorratung und Verarbeitung von saisonalen und heimischen Obst- und Gemüsesorten werden alle Sinne mit Experimenten und gesundheitsförderlichen Mittagstischangeboten angesprochen.

Die NRI stellt Kinder und Jugendliche in den Fokus. Das äußert sich beispielsweise in den Prozess- und Zielvereinbarungen der Lebensmittelwirtschaft. Darüber hinaus ist im Rahmen der NRI im Mai 2020 ein nationales Verbot des Zusatzes von Zucker und anderen süßenden Zutaten zu Kräuter- und Früchtetee für Säuglinge oder Kleinkinder in Kraft getreten. Das Verbot umfasst neben Zucker auch andere süßende Zutaten, z. B. Honig, Fruchtsaftkonzentrat, Malzextrakt oder andere aus pflanzlichen Rohstoffen gewonnene Sirupe und Dick-säfte.

Im Bereich des BMG wurden Maßnahmen im Rahmen des seit 2015 bestehenden Förderschwerpunktes „Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen“ umgesetzt. 2019 wurde ein weiterer Förderschwerpunkt „Bewegung und Bewegungsförderung“ eingerichtet, um das Potential von körperlicher Aktivität als einem zentralen Faktor der Gesundheit und Prävention von Übergewicht in der gesamten Bevölkerung bekannt zu machen und Menschen zu mehr Bewegung zu motivieren. Die in diesem Zusammenhang geförderten Forschungsprojekte legen auch für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche Grundlagen für eine nachhaltige Bewegungsförderung, unter anderem in den Lebenswelten Kita, Schule und Kommune.

Um Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen durch pandemiebedingte Kontaktbeschränkungen und Hygienemaßnahmen vorzubeugen, wurden unter der Leitung des Robert Koch-Instituts Informationsblätter für Kindertagesstätten, Schulen und Sportvereine erstellt. Die Informationsblätter enthalten praxisnahe Handlungsempfehlungen für bewegungsfördernde Maßnahmen für Kinder und Jugendliche. Sie wurden vom BMG im Juni 2021 veröffentlicht.

Mit dem am 20. Juli 2021 in Kraft getretenen Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG) wurde der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) beauftragt, bis zum 31. Juli 2023 für die Behandlung von Adipositas-Richtlinien zu den Anforderungen an die Ausgestaltung von strukturierten Behandlungsprogrammen (sog. Disease Management Programme, DMP) zu erlassen (§ 137f Absatz 1 Satz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuches). Ziel ist, die Versorgung der Versicherten mit krankhaftem Übergewicht zu verbessern. Das DMP wird Empfehlungen sowohl zur Behandlung von Erwachsenen als

auch von Kindern und Jugendlichen enthalten. Der G-BA hat bereits mit der Umsetzung des gesetzlichen Auftrags zur Ausgestaltung eines DMP Adipositas begonnen. Mit Beschluss vom 19. August 2021 hat er das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) beauftragt, die medizinischen Leitlinien zur Diagnostik und Behandlung von Adipositas zu recherchieren und zu bewerten (siehe unter: www.g-ba.de/beschluesse/4989/ und unter: www.g-ba.de/beschluesse/4990/).

- b) In welcher Höhe belaufen sich die finanziellen Mittel, die dafür aufgewendet wurden?

Die Gesamtausgaben für den Nationalen Aktionsplan IN FORM betragen in der 19. Legislaturperiode 41,6 Mio. Euro.

Für die unter Frage 18a genannten IN FORM-Projekte (gezielt an Kinder und Jugendliche gerichtet) wurden in der 19. Legislaturperiode vom BMEL rund sieben Mio. Euro, vom BMG für den Förderschwerpunkt „Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen 2,5 Mio. Euro und für den Förderschwerpunkt „Bewegung und Bewegungsförderung“ 1 Mio. Euro ausgegeben.

- c) Welche Erfolge konnte die Bundesregierung durch die angewendeten Maßnahmen in der 19. Legislaturperiode verzeichnen?

Die Evaluation des Nationalen Aktionsplans IN FORM (veröffentlicht Oktober 2019) hat ergeben, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern aller Altersgruppen ein erhöhtes Bewusstsein für die Bedeutung von gesunder Ernährung und ausreichender Bewegung sowie eine erhöhte Motivation zur Verhaltensänderung nachgewiesen werden konnte. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wurden für die Notwendigkeit und Möglichkeiten der Gesundheitsförderung und Prävention sensibilisiert und befähigt, das Wissen zielgruppenspezifisch in ihren Handlungsfeldern zu vermitteln. Es wurden Kooperationen initiiert und Netzwerke zur gesundheitsförderlichen Gestaltung von Lebenswelten geschaffen, was insgesamt zu neuen Angeboten und auch zu einer dauerhaften Etablierung einzelner Maßnahmen, Zertifizierungen oder Übernahmen in Curricula beigetragen hat.

Mit dem vom Max Rubner-Institut (MRI) durchgeführten Produktmonitoring im Rahmen der NRI werden, aufbauend auf einer bereits erfolgten Basiserhebung im Jahr 2016 (Erfrischungsgetränke 2018), Veränderungen von Zucker-, Fett-, Salz- und Energiegehalten in Fertigprodukten im Zeitverlauf erfasst. Die Erhebung 2019 hat gezeigt, dass bei Joghurtzubereitungen, gesüßten Quarkzubereitungen, Erfrischungsgetränken und Frühstückscerealien Zucker- oder Energiegehalte reduziert wurden. Die Ergebnisse der Erhebung 2020, die im April 2021 veröffentlicht wurden, zeigten zwischen 2016 und 2020 eine signifikante Reduktion der Salzgehalte von verpackten Brot und Kleingebäck und eine signifikante Reduktion der Zuckergehalte von Müsli-, Frucht- und Nussriegeln. Unter den untersuchten verpackten Wurstwaren und weiteren Fleischerezeugnissen traten bei vereinzelt Produktuntergruppen signifikante Reduktionen der Gehalte an Energie, Fett, gesättigten Fettsäuren oder Salz auf.

19. Welche Maßnahmen gegen Übergewicht und Adipositas beabsichtigt die Bundesregierung in der 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zu ergreifen?
- a) Welche dieser Maßnahmen sind dabei explizit an Kinder und Jugendliche mit Übergewicht gerichtet?

Die Fragen 19 und 19a werden gemeinsam beantwortet.

Im Projekt der DGE „Gesundheitsfördernde und nachhaltige Verpflegung von Kindern und Jugendlichen“ mit dem Schwerpunkt „Angebot eines gesunden Frühstücks in Kita und Grundschule“ wird die Information zu gesundheitsfördernder und nachhaltiger Verpflegung in den Lebenswelten Kindertagespflege, Kita und Schule im Auftrag des BMEL gefördert. Sämtliche Aktivitäten des Projektes dienen der weiteren Verbreitung und Verstetigung der Umsetzung der aktualisierten DGE Qualitätsstandards für Kita- und Schulverpflegung. Die bestehenden Empfehlungen werden zudem um die Bereiche Kindertagespflege, Ausgabe eines gesunden Frühstücks in Kita und Grundschule sowie Vollverpflegung erweitert.

Zukünftig soll außerdem die prägende Rolle von Tageseltern und von U3-Gruppen in Kitas in der IN FORM-Projektförderung stärker berücksichtigt werden.

Die NRI soll weiterhin dazu beitragen, den Anteil der Übergewichtigen und Adipösen in der Bevölkerung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, zu senken und die Häufigkeit von ernährungsmitbedingten Krankheiten zu verringern. Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass wissenschaftlich fundierte und auf Zielgruppen abgestimmte Reduktionsziele geschaffen werden.

Im Rahmen des Förderschwerpunktes „Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen“ sollen vom BMG auch in der 20. Legislaturperiode Maßnahmen umgesetzt werden, die sich thematisch explizit mit der Vermeidung von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen befassen.

Einen Beitrag hierzu leistet z. B. die Studie „BeweKi: Untersuchung zur Bewegungsförderung in Kitas, Schulen und Sportvereinen – unter Berücksichtigung der Pandemiebedingungen“, die von Dezember 2021 bis November 2023 vom Robert Koch-Institut durchgeführt wird. Die Studie erforscht, wie Bewegungsförderung für Kinder und Jugendliche in den Lebenswelten Kita, Schule und Sportverein, auch unter den Pandemiebedingungen, umgesetzt wird. Daraus sollen Ansatzpunkte für präventive Maßnahmen generiert werden, mit denen die Bewegung von Kindern und Jugendlichen gefördert werden kann. Damit wird auch ein Beitrag zur Prävention von Übergewicht und Adipositas geleistet.

Zu den Maßnahmen der BZgA zur Aufklärung und Information der Bevölkerung und der Fachkräfte wird auf die Antwort zu den Fragen 10 und 11 verwiesen.

- b) Wie hoch sind die finanziellen Mittel, die die Bundesregierung für die beabsichtigten Maßnahmen insgesamt bereitstellen möchte?
- c) Wie hoch sind die finanziellen Mittel, die die Bundesregierung für Maßnahmen gegen Übergewicht und Fettleibigkeit aufwenden möchte und gezielt an Kinder und Jugendliche gerichtet sind?

Die Fragen 19b und 19c werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Haushalt für 2022 befindet sich derzeit noch im Gesetzgebungsverfahren bzw. für die Folgejahre im Abstimmungsprozess.

